

## **Antwort Dr. Lina SEITZL, SPD**

Die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland ist eine sehr wichtige und sicherheitspolitisch weitreichende Entscheidung. Daher ist es mir ein Anliegen, die Hintergründe dieser Maßnahme und die aktuelle Bedrohungslage darzulegen.

Der INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty), der 1987 von den USA und der Sowjetunion unterzeichnet wurde, war ein Meilenstein für die nukleare Abrüstung in Europa. Mit diesem Vertrag wurde die vollständige Eliminierung landgestützter Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 5.500 Kilometern Reichweite vereinbart. Die Kontrolle durch Inspektionen und gegenseitige Transparenz war entscheidend, um das Vertrauen zu stärken und das Risiko eines Atomkrieges zu minimieren.

Leider hat Russland diesen Vertrag und auch das ihm zugrundeliegende Vertrauen durch die Entwicklung und Stationierung des Marschflugkörpers SSC-8 (russische Bezeichnung: 9M729) einseitig gebrochen. Dieser Marschflugkörper ist mobil einsetzbar, schwer zu orten und in der Lage, sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe zu tragen. Seit Jahren haben die NATO und die USA Russland aufgefordert, zur Einhaltung des INF-Vertrags zurückzukehren. Diplomatische Bemühungen, darunter Gespräche und Verhandlungen auf höchster Ebene, blieben jedoch erfolglos. Stattdessen hat Russland die Produktionskapazitäten für diese Systeme ausgebaut und ihre Stationierung ausgeweitet. Dies stellt eine direkte Bedrohung für die Sicherheit Europas dar.

Die aktuelle Situation erinnert an die 1970er und 1980er Jahre, als die Sowjetunion SS-20-Mittelstreckenraketen in großer Zahl stationierte. Damals sah sich die NATO gezwungen, auf diese Bedrohung mit dem sogenannten Doppelbeschluss zu reagieren. Unter der Führung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt wurde entschieden, sowohl NATO-Raketen in Deutschland zu stationieren als auch gleichzeitig der Sowjetunion Verhandlungen über Abrüstung aufzunehmen. Diese Kombination aus Dialogbereitschaft und militärischer Handlungsfähigkeit führte schließlich zu Verhandlungen, die im INF-Vertrag mündeten. Es war damals wie heute klar: Nur durch ein glaubwürdiges militärisches Gleichgewicht können Verhandlungen auf Augenhöhe geführt werden. Einseitige Abrüstung oder Untätigkeit würde die Sicherheitslage Europas massiv gefährden.

Die Entscheidung, ab 2026 Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, folgt genau dieser Tradition. Es geht nicht um eine Eskalation, sondern um die Schaffung einer Grundlage für neue Verhandlungen und um die Sicherung der Abschreckungsfähigkeit der NATO. Russland zeigt leider sowohl durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine als auch durch die Stationierung von SSC-8 in der Exklave Kaliningrad, die Bereitschaft die Europäische Sicherheitsordnung zu ihren Gunsten zu untergraben. Die Stationierung von US-amerikanischen

Mittelstreckenraketen in Deutschland ist eine leider notwendige Maßnahme, um der anhaltenden Bedrohung zu begegnen. Gleichzeitig wird unser Bundeskanzler Olaf Scholz immer Versuchen wieder mit Russland direkt zu Verhandlungen zur Abrüstung zu kommen.